



Zeigen der Bundesregierung für ihre Sparpläne die Rote Karte: (v. l.) Hedwig Tarnier, Jürgen Schmidt, Wolfgang Stüker, Ingeborg Pelster, Bodo Mantey und Günther Hagedorn. Bild: Edelkötter

Aktionsbündnis zeigt Sparplänen Rote Karte

Von unserem Redaktionsmitglied
JÜRGEN EDELKÖTTER

Warendorf (gl). „Die Sparpläne der Bundesregierung sind unsozial und unausgegoren.“ In dieser Bewertung sind sich Vertreter von SPD, Grünen sowie den Gewerkschaften Verdi, DGB, IG Metall und Komba einig. Sie rufen für Donnerstag, 26. August, zur Demonstration auf.

„Ein solch umfassendes Aktionsbündnis hat es in Warendorf noch nicht gegeben“, freut sich Wolfgang Stüker (SPD) über die breite Protestfront, die sich gegen die Berliner Sparpolitik gebildet hat. Mit Guntram Schneider, Landesminister für Arbeit, Inte-

gration und Soziales und ehemaliger DGB-Bezirksvorsitzender in NRW, erwartet das Aktionsbündnis einen prominenten Redner, der den Demonstrationzug (17.30 Uhr ab Wilhelmsplatz) anführen und anschließend ab 18 Uhr im Rahmen einer Kundgebung auf dem Warendorfer Marktplatz sprechen wird.

„Die Bundesregierung hat ein gewaltiges Sparpaket in Höhe von 80 Milliarden Euro angekündigt, das jedoch nur ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen ist, die nur dort konkret formuliert sind, wo die Armen dieses Landes getroffen werden“, kritisieren die Organisatoren der Demonstration, die unter dem Motto „Warendorfer für soziale Gerech-

tigkeit“ steht. Hinzu kämen Stellenstreichungen und Gehaltskürzungen im öffentlichen Bereich. „Rund 16 000 Menschen im Kreis Warendorf werden in irgendeiner Form von den Sparplänen betroffen sein“, hat Bodo Mantey (SPD) ausgerechnet. Junge Familien müssten durch die Kürzung des Elterngeldes einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leisten; mit der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger würden die ohnehin sozial Schwächsten zusätzlich zur Kasse gebeten.

Jürgen Schmidt (IG Metall) spricht angesichts der sozialen Schieflage, die durch die Berliner Politik weiter verschärft wird, von einer Spalt- statt Sparpolitik.

Der Gewerkschafter kritisiert, dass nicht daran gedacht worden sei, durch Einnahmeerhöhungen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Schmidt schlägt ebenso wie seine Mitstreiter im Aktionsbündnis die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung vor. Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für diesen Bereich könnte dem Staat eine Einnahme von rund einer Millionen Euro pro Jahr bescheren, so der IG-Metall-Sprecher. Weiterer Kritikpunkt: Die Sparpläne gehen zu Lasten der kommunale Haushalte. Die ohnehin schon geringen Gestaltungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden werden weiter eingeschränkt.

„Die Glocke“ 21/8.2010